

„Die Leute sehen Fußball und erwarten Handball“  
Prof. Werner Patzelt beklagt Fehlurteile über Politik

**Prof. Werner J. Patzelt zählt zur ersten Garde der deutschen Politikwissenschaftler. Der gebürtige Passauer, der seit 1992 an der Technischen Universität Dresden lehrt, kommt in den Medien häufig zu Wort. Eine seiner Thesen lautet: Die oft beschworene Politikverdrossenheit hat ihre Ursache auch darin, dass viele Bürger den politischen Betrieb nicht verstehen. Diese Ansicht legte Patzelt Anfang November auch im Plenarsaal des Kieler Landtages näher dar, als er auf Einladung des IQSH zu Lehrern und Schülern über das Thema „Der deutsche Parlamentarismus – populäre Irrtümer und ihre Ursachen“ sprach. Am Rande gab er der Landtagszeitung ein Interview.**

**Herr Professor Patzelt, „Populäre Irrtümer“ lautet die Überschrift Ihres Vortrages über das Verhältnis von Bürger und Politik. Was sagen Sie zum Beispiel einem Bürger, der den Landtag besucht und der sich beschwert, der Plenarsaal sei bei einer Sitzung nur halb voll gewesen?**

Das Plenum ist überhaupt nicht die zentrale Arbeitsstätte des Parlaments! Häufig kann ein Abgeordneter nichts Wesentliches zur Debatte beitragen, denn es entspricht guter parlamentarischer Praxis, dass nur das im Plenarsaal abschließend behandelt wird, was zuvor in Ausschüssen oder Arbeitskreisen intensiv beraten worden ist. Darum erledigen viele Abgeordnete während der Plenarsitzungen andere Verpflichtungen - seien es Gesprächstermine und die Betreuung von Besuchergruppen, oder sie bearbeiten einfach ihre Akten.

**Als nächstes beobachtet der Besucher, dass die Rededuelle einem gewissen Ritual folgen: Die eigene Position wird ausschließlich positiv, die des politischen Gegners ausschließlich negativ dargestellt – das empfindet der Bürger als unsächlich und unglaubwürdig...**

Da muss man verschiedene Arten von Debatten unterscheiden. Erstens gibt es hitzig geführte Debatten, in denen es in der Tat darum geht, Pointen zu setzen und den Gegner zu provozieren. Das ist häufig Theaterdonner, und man kann sich dann oft fragen, ob das wirklich so sein muss. Zweitens gibt es – und das ist sogar die Mehrzahl – solche Debatten, bei denen im Grunde nichts zu streiten bleibt, weil längst geklärte Dinge ein letztes Mal vorgestellt werden, und zwar durchaus fürs Protokoll. Ferner gibt es jene einführenden Debatten, etwa bei der Ersten Lesung von Gesetzen, wo im Grunde nur bekannte Standpunkte vorgestellt werden und in erster Linie gerade nicht um eine weiterführende inhaltliche Auseinandersetzung geht. Der Besucher auf der Tribüne und der Zuschauer am Fernsehapparat sollte also stets wissen, dass die eigentliche Arbeit eines Parlamentes nur in Ausnahmefällen im Plenum stattfindet. Ein Parlament würde schlicht nicht funktionieren, wenn es alle wichtigen Aussprachen im Plenarsaal führen wollte – was ja auch schon die Erfahrung der Frankfurter Nationalversammlung von 1848 war.

**Und schließlich wird abgestimmt, und die Abgeordneten geben ihre Stimme fraktionsweise ab. Der Bürger hat den Eindruck, die Parlamentarier unterlägen hierbei einem Zwang und würden nicht frei entscheiden...**

Im Parlament streiten nicht einzelne Personen über Politik, sondern es treten Mannschaften gegeneinander an. Man will also mannschaftsweise gewinnen – oder, wenn man schon verlieren muss, wenigstens gemeinsam mit wehenden Fahnen untergehen. Die Folge ist, dass es in einem gut organisierten Parlament erst dann zur Abstimmung im Plenum kommt, wenn die einzelnen Fraktionen wissen, was sie wirklich wollen. Wenn aber die Fraktionen vorab intern geklärt haben, was sie wollen, ist es nicht erstaunlich, dass sie im Plenarsaal dann genau diese Position vertreten. Im übrigen ist es ja so: In einem Rechtsstaat erwartet man selbst von denen, dass sie sich an die Gesetze halten, welche ursprünglich gegen diese Gesetze waren; und entsprechend erwartet man in den Fraktionen auch von jenen, die mit ihrer Position nicht durchdringen konnten, dass sie sich – nach langen fraktionsinternen Diskussionen – im Plenum der Mehrheitsmeinung ihrer Fraktion anschließen oder zumindest nicht offenkundig gegen sie stimmen.

**Nun hatten wir gerade hier im Schleswig-Holsteinischen Landtag letztes Jahr einen spektakulären Fall, wo es nicht so gelaufen ist: Die Wiederwahl von Heide Simonis als Ministerpräsidenten ist daran gescheitert, dass vermutlich ein Mitglied ihrer eigenen Fraktion ihr die Stimme verweigert hat. In einigen Medien wurde dies hinterher als „Lehrstück“ und „Lehrstunde“ des Parlamentarismus gefeiert...**

Ein Parlament, das funktionieren will, wird sich nicht viele ‚Lehrstunden‘ dieser Art leisten können! Ein solches Parlament würde offenkundig seine zentrale Aufgabe nicht erfüllen können, nämlich der Regierung die Macht und die gesetzlichen Grundlagen für ihre Tätigkeit mit verlässlicher Mehrheit zur Verfügung zu stellen. Der zentrale Punkt ist doch: Man muss sich in den Fraktionen darauf einigen, was man will, und muss genau das dann im Parlament – und letztlich im Plenum – durchsetzen. Solches fällt bei offenen Abstimmungen mit ihren transparenten Kontrollmöglichkeiten natürlich viel leichter als bei geheimen Abstimmungen, bei denen jederzeit auch ‚private Rechnungen‘ beglichen werden können. Eben deswegen sollte es bei zentralen Punkten wie der Benennung des Regierungschefs dann aber auch geheime Abstimmungen geben: Genau sie sind der Test darauf, ob eine regierungstragende Mehrheit wirklich so geschlossen da ist, wie deren Führer das nach außen hin behaupten. In Schlüsselsituationen ist es also wichtig, im Schutz der geheimen Abstimmung sehen zu können, ob die nach außen bekundete Geschlossenheit wirklich verfügbar und belastbar ist – oder ob Abgeordnete gute Gründe zu haben glauben, private ‚Abrechnungen‘ vorzunehmen. Im normalen Alltagsbetrieb wird man sich solche Schlupflöcher für ‚private Abrechnungen‘ aber nicht leisten können, wenn man das Parlament nicht lahm legen will.

**Dem Besucher fällt auch auf, dass die Zusammensetzung des Parlaments nach Berufsgruppen, Alter oder Geschlecht nicht die Gesamtbevölkerung widerspiegelt. Auch das empfindet er als einen Makel...**

Aufgabe eines Parlaments ist es, die in der Gesellschaft vorhandenen Meinungen, Sichtweisen, Wünsche und politischen Präferenzen in ihrer gesamten Breite widerzuspiegeln; Aufgabe eines Parlaments ist es aber nicht, in seiner Zusammensetzung eine repräsentative Stichprobe aus der Bevölkerung zu sein. Wenn es nur darum ginge, könnte man sich Parlamente nämlich sparen: Soziologen verstehen es, repräsentative Stichproben zu ziehen, und diese Stichproben könnte man dann nach allem befragen oder alles entscheiden lassen. Von einem Parlament aber wird viel mehr verlangt: Es braucht dort Leute, welche das gesellschaftliche Meinungsspektrum nicht nur widerspiegeln, sondern die auch in der Lage sind, aus diesem gesellschaftlichen Meinungsspektrum mit verlässlichen Mehrheiten zu Entscheidungen zu kommen und für stetige Politik zu sorgen. Das wiederum verlangt nach einer gewissen Leidenschaft und Begabung, was beides nicht jeder gleichermaßen mitbringt. Auf dem Weg in die Parlamente sind obendrein etliche Auswahlhürden zu überwinden: Man muss sich viel Zeit nehmen, um sich bei den Bürgern und den für die Nominierung wichtigen Parteimitgliedern bekannt zu machen sowie deren Vertrauen zu erwerben. Diese Notwendigkeit, für die politische Tätigkeit schon auf dem Weg ins Parlament sehr viel Zeit zu investieren, bevorteilt dann freilich solche Berufsgruppen, bei denen es große Abkömmlichkeit vom Arbeitsplatz und erhebliche Freiheiten bei der Einteilung der eigenen Zeit gibt. Und das sind dann naturgemäß nicht Schichtarbeiter oder Fernfahrer, sondern – neben Freiberuflern wie Rechtsanwälten – vor allem öffentlich Bedienstete sowie Mitarbeiter von Parteien, Gewerkschaften oder Nicht-Regierungs-Organisationen. Abgesehen davon setzt das Einkommen des Parlamentariers eine Grenze, oberhalb welcher es wenig attraktiv ist, eine parlamentarische Laufbahn einzuschlagen. Sie grenzt in Deutschland etwa Eliteangehörige aus der Wirtschafts- und Finanzwelt sehr effektiv von einer parlamentarischen Laufbahn aus.

**Der Bürger misstraut häufig dem „Berufspolitiker“ – er wünscht sich stattdessen Abgeordnete, die nebenbei einem Beruf nachgehen und nicht nur Politik betreiben. Andererseits zeigt die aktuelle Diskussion über die Nebentätigkeiten der Bundestagsabgeordneten, dass auch Politiker mit Beruf in der Öffentlichkeit auf Skepsis stoßen. Wie kann man diesen Widerspruch auflösen?**

Diesen Widerspruch kann man gar nicht auflösen; die Bevölkerung denkt hier einfach schizophren. Denn entweder gibt es ehrenamtliche Abgeordnete; das schließt jedoch große Teile

der Bevölkerung – und zwar der Mittel- und Unterschichten – vom Mandat aus, was bis zur Einführung der Diäten Anfang des 20. Jahrhunderts auch so gewollt war. Oder man hat Berufspolitiker, die von ihrem Mandat leben, was dann vor allem Mittelschichtsangehörige in die Politik zieht. Im internationalen Vergleich ist festzustellen, dass Staaten mit gut finanzierten Parlamentariern, die sich voll auf ihre politische Tätigkeit konzentrieren können, immer noch am besten fahren.

**Grundsätzlich finden Sie, der deutsche Bürger missverstehe den politischen Betrieb, und er tue dies gerne. Man kann Ihnen vorwerfen, Sie ersetzen die „Politikverdrossenheit“ durch eine Art „Volksverdrossenheit“. Haben Sie für diese provokante These schon öffentlich Kritik einstecken müssen?**

Ich provoziere an dieser Stelle gerne! Es ist doch wichtig klarzumachen, dass nicht nur das politische System und die politische Klasse schuld daran sind, dass die Leute über manches verdrossen sind. Viele – natürlich nicht alle – Ursachen für Enttäuschung und Verdrossenheit über Politik liegen nämlich darin, dass die Leute sozusagen Fußball sehen, aber meinen, sie würden ein Handballspiel erleben. Folglich sind sie irritiert von dem, was sich da auf dem Platz tut, und erregen sich entsprechend. In einer solchen Lage muss man den Leuten ganz einfach sagen: Ihr verwechselt das Spiel und geht mit falschen Erwartungen an die Sache ran! Dafür bin ich zwar schon manches Mal attackiert worden. Doch weil die demoskopischen Daten meine These ja erhärten, freue ich mich sogar über solche Attacken: Sie geben mir immer wieder eine gute Gelegenheit zum Nachweis, dass es durchaus auch an falschen Vorstellungen in der Bevölkerung über ihr Regierungssystem liegt, wenn Bürger sich über Parlamente aufregen, die im Grunde gar nicht so schlecht funktionieren.

**Sie sagen, die Parlamente würden gut funktionieren, sie schaffen es aber nicht, dies gegenüber der Öffentlichkeit zu vermitteln. Was würden Sie den Parlamenten empfehlen?**

Einerseits müssen sie sich gewiss noch besser als bislang um die Lösung der anstehenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme bemühen. Zweitens aber sollten sie ihre Bemühungen, ihre Erfolge und auch die Schwierigkeiten, die sie auf dem Weg zu Erfolgen haben, den Bürgern anschaulicher und begreiflicher machen. Und dafür braucht es einfach mehr kommunikative Führungstätigkeit von Abgeordneten: Sie müssen das politische Spiel besser erklären und jede Möglichkeit nutzen, mit den Leuten nicht nur über Politik zu reden, sondern gerade auch über die Spielregeln und Wirkungszusammenhänge konkreten Politikmachens. In der Praxis aber reden Politiker häufig nur über Politik. Das interessiert die Leute zwar auch; doch viel interessanter wäre es oft für sie zu erfahren, warum die Politik so abläuft, wie sie nun einmal abläuft. An dieser Stelle wären Abgeordnete somit als Erklärer des politischen Spiels, gleichsam als politische Bildner gefordert. Um hier zu Erfolgen zu gelangen, müssten die Massenmedien der politischen Klasse allerdings helfen. Und gewiss tun die Massenmedien hier zu wenig: Es ist doch überhaupt nicht einzusehen, dass wir etwa im Fernsehen wunderbare naturwissenschaftliche Sendungen haben über das Leben von Rothirschen, Pinguinen und sogar von Dinosauriern, dass aber über das so spannende Biotop eines Parlaments kaum etwas in einer solchen populär aufklärenden Weise mitgeteilt wird. Außerdem ist das Schulsystem gefordert, das immerhin jede nachrückende Generation durchläuft. Wenn aber die beim Gemeinschafts- oder Sozialkundeunterricht Stundenzahl immer weiter gekürzt wird, dann kann man natürlich nicht jene Einblicke vermitteln, die man braucht, um sein eigenes politisches System ausreichend zu verstehen. Gerade hier könnten aber die Landtage mit ihrer Hoheit über die Bildungspolitik entscheidende Hebel bewegen.

**Aber hat die Politik nicht zum Teil selbst Schuld an den falschen Eindrücken in der Bevölkerung? Gerät nicht die Rolle des Parlaments in das Hintertreffen, wenn die Parteien im Wahlkampf vor allem mit ihren Spitzenkandidaten werben? Muss der Wähler dann nicht denken, die Parlamentswahl sei eigentlich eine Personenwahl des Ministerpräsidenten?**

Hier wird oft zweierlei verwechselt. Wenn ein Fußballspiel läuft, erwartet man von den Spielern oder den Mannschaftskapitänen ja auch nicht, dass sie die Regeln erklären – sondern

man verlangt, dass sie, die Regeln befolgend, möglichst gut spielen. Aber natürlich man wird jedes konkrete Fußballspiel nur dann verstehen, wenn man vorher seine wichtigsten Regeln begriffen hat. Wahlkämpfe sind nun aber die denkbar schlechteste Gelegenheit, die Regeln des Politikmachens zu erklären. In Wahlkämpfen muss man nämlich sein eigenes Spiel möglichst gut vorantreiben und zugleich versuchen, den Gegner niederzuringen. Die Folge dessen ist freilich wenig erfreulich: Es gibt gleichsam viele politische Fußballspiele, doch wenige Gelegenheiten, die befolgten und auch sinnvollen Spielregeln zu erklären. Genau darum ist es wirklich kein Wunder, dass jene Leute, welche die Regeln des ‚politischen Fußballspiels‘ nun einmal nicht kennen lernen konnten oder wollten, mit dem Spiel selbst dann nichts anfangen können, wenn sie sich fallweise für es interessieren.

**Politikverdruss entsteht beim Bürger auch dadurch, dass er denkt, seine Meinung werde nicht ernst genommen – etwa wenn eine große Demonstration ohne Wirkung bleibt. Müssen Politiker nicht noch mehr auf „Volkes Meinung“ hören? Oder sollten sie stattdessen auch unpopuläre Entscheidungen noch offensiver vertreten?**

Schon Luther sagte: Man soll dem Volk aufs Maul schauen, aber darf ihm nicht nach dem Munde reden, wenn man etwas Gutes durchsetzen will! Es ist also sehr wohl die Aufgabe der politischen Klasse, ganz intensiv auf das zu hören, was die Leute wollen; aber es ist ihre Pflicht, selbst ein Urteil zu fällen. Vor allem haben gewählte Politiker auch jedes Recht, eigenverantwortlich solche Entscheidungen zu treffen, die den Betroffenen nicht gefallen. Letztere dürfen jederzeit ihre eigenen, ganz besonderen Interessen im Sinn haben und verfechten; von Parlamentariern wird hingegen erwartet, dass sie die Interessen des Ganzen im Auge haben und realisieren. Genau darum haben sie sogar die Pflicht, sich über Partikularinteressen dann hinwegzusetzen, wenn sie zum Urteil gelangen, dass andernfalls dem Gemeinwohl schlecht gedient wäre. Im übrigen belegen unsere sehr detaillierten empirischen Untersuchungen in Hessen und Sachsen, dass die deutschen Abgeordneten wirklich eng mit der Gesellschaft vernetzt sind und recht gut darüber Bescheid wissen, was die Leute wollen und wünschen. Wenn sie dann anderes durchsetzen, liegt das gewiss zuallerletzt an Ignoranz.

**Wenn Sie eine Regelung im Grundgesetz oder in der Schleswig-Holsteinischen Landesverfassung ändern könnten – was würden Sie tun?**

Ich würde den Grundsatz beherzigen, dass Verfassungen kurz und dunkel sein müssen! Und darum würde ich mich bemühen, alle langen, detaillierten Paragraphen durch normale Gesetze zu ersetzen.